

der Kampf der Afghanen weiter. Ihre Truppenstärke habe sich von 50.000 auf 100.000 Mann erhöht. Allerdings mache die bittere Kälte den Freiheitskämpfern z.Zt. schwer zu schaffen, während die sowjetischen Aggressorentruppen bestens ausgerüstet seien. Im Sommer könnten die Freiheitskämpfer unter offenem Himmel leben, doch jetzt seien sie darauf angewiesen, Unterkunft zu finden. Doch sei es keine Schwierigkeit für sie, in den Volksmassen unterzutauchen. Die Kämpfer hätten den ersten Winter überstanden und würden nun wohl auch die Prüfungen des zweiten Winters meistern können (XNA, 29.11.).

Ein Xinhua Korrespondent besuchte die pakistano-afghanische Grenze im Gebiet des pakistanischen Belutschistan. Dort gebe es z.Zt. 200.000 afghanische Flüchtlinge: Täglich kämen rund 100 neue Familien hinzu. Insgesamt seien bereits eine Million afghanische Flüchtlinge nach Pakistan gekommen. Die Bevölkerung der Provinz Belutschistan beträgt insgesamt nur 2,5 Millionen Einwohner. Für sie ist das Flüchtlingsproblem also eine existenzbedrohende Belastung. Das Grenzgebiet selbst ist "Niemandesland" (von dort aus können auch Operationen afghanischer Flüchtlinge nach Afghanistan hinüber erfolgen, wobei die pakistanische Polizei - wenn sie solche Bewegungen überhaupt noch kontrollieren kann - offensichtlich beide Augen zudrückt).

In der Provinz Belutschistan lebten, wie es in dem Bericht weiter heißt, über 400 Stämme: Es gebe also Minderheitenprobleme. Wirtschaftlich gesehen ist Belutschistan ein trockenes Land mit armseligen Verkehrsmöglichkeiten. Trotzdem ist die Provinz strategisch von höchster Wichtigkeit, da sie an die Ölrouen angrenzt. Ist Belutschistan das nächste Opfer der Sowjetunion? (XNA in SWB, 8.11.).

-we-

(11) KSZE- und MBFR-Verhandlungen: Das alles führt doch zu nichts!

a) Am 11. November wurde nach langem Gerangel die zweite Nachfolgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eröffnet, an der 35 Länder teilnehmen. Seit im September 1980 mit den Vorbereitungen für dieses Treffen begonnen wurde, hat es nichts als Uneinigkeit gegeben. Die westlichen Teilnehmer wollten auch über Afghanistan, die östlichen dagegen nur über Entspannung und Abrüstung in Europa diskutieren.

Die erste KSZE-Konferenz hatte 1975 stattgefunden und mit einer 120 Seiten langen Schlußakte geendet, die "ein neues Kapitel des Friedens in der Geschichte Europas" und eine "Charta der friedlichen Koexistenz in Europa" sein sollte. Seither aber habe Moskau seine Hände nach dem südlichen Afrika ausgestreckt, und versucht im Roten Meer, im Indischen Ozean, im Persischen

Golf, in Indochina und schließlich in Afghanistan seinen Einfluß auszuweiten und jetzt wolle die Sowjetunion über "Entspannung" reden! (XNA, 16. u. 22.11.80)

b) Auch die MBFR-Gespräche über eine Truppenreduzierung in Europa sind nach chinesischer Auffassung an einem toten Punkt angelangt. Am 30. Oktober 1980 war es sieben Jahre her, daß diese Verhandlungen zwischen den sieben Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts und den 12 NATO-Ländern in Wien begannen. Insgesamt hat es inzwischen 21 Verhandlungsrunden und 245 Sitzungen gegeben, ohne daß substantielle Fortschritte erzielt wurden.

Lange Zeit blockierte die Frage, wie stark die Truppen des Warschauer Paktes denn nun wirklich seien, die Verhandlungen. Die Sowjetunion wollte nur 805.000 Mann zugeben, hatte jedoch mindestens 150.000 Mann mehr im MBFR-Bereich stehen. Außerdem kamen seit Mitte der 70er Jahre noch 120 SS-20 Raketen und 100 Backfire-Bomber hinzu, die das östliche Übergewicht nun auch dem naivsten Beobachter deutlich gemacht hätten.

Die Sowjetunion werde auch in Zukunft keinesfalls ihre militärische Überlegenheit aufgeben, und die USA und ihre Verbündeten könnten infolgedessen nicht darauf verzichten, nachzuziehen. Bei allen "Konzessionen" könnten aus diesem Grunde die MBFR-Verhandlungen keine wirklich positiven Ergebnisse hervorbringen (Näheres BRU, 1980 Nr. 46, S.14, 26)

-we-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(12) Syrischer Auslandsstudent wegen Totschlags verurteilt

Der Volksgerichtshof mittlerer Ebene der Stadt Shenyang hat am 6. Oktober 1980 einen syrischen Auslandsstudenten wegen Totschlags zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Syrer wurde für schuldig befunden, am 10. Juni 1980 einen kongolesischen Auslandsstudenten mit einem Messer tödlich verwundet zu haben. Der Täter bekannte sich schuldig im Sinne der Anklage und akzeptierte das Urteil (XNA, 7.10.80).

-sch-

INNENPOLITIK

(13) Erweiterte Sitzung des Politbüros im August über Reformen des Führungssystems bestätigt - Demokratie trotz Ein-Parteien-Herrschaft?

Der stellvertretende Direktor des Allgemeinen

Amtes des Zentralkomitees und Vizepräsident der ZK-Parteischule, Feng Wenbin, hat in einem Artikel ("Zu Fragen der sozialistischen Demokratie") für die Volkszeitung vom 24. und 25. November 1980 bestätigt, daß das Politbüro des ZK der KPCh im August eine erweiterte Sitzung abgehalten hat, auf der Feng zufolge hauptsächlich Maßnahmen zur Reform des Systems der Partei- und Staatsführung diskutiert worden sind. Auf dieser Sitzung des Politbüros Anfang August 1980 war auch die 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses vorbereitet worden (siehe C.a., September 1980, S. 741-742). Feng Wenbin gab in seinem Aufsatz ebenfalls bekannt, daß Deng Xiaoping auf der erweiterten Politbürositzung eine "äußerst bedeutsame Rede" zu Fragen der Reform des Führungssystems gehalten habe. Hierbei dürfte es sich um jene Rede handeln, die im Oktoberheft von CHINA aktuell in zusammengefaßter Form wiedergegeben worden ist (siehe 0 11 und 12).

Feng Wenbin berichtete, daß Deng Xiaoping folgende fünf Hauptmängel des Führungssystems von Partei und Staat genannt habe:

1. übermäßige Machtkonzentration;
2. Ausübung von Führungsfunktionen bzw. Besetzung von Führungspositionen auf Lebenszeit;
3. patriarchalisches Denken und Handeln;
4. Bürokratismus;
5. Privilegien.

Gegen alle diese Mängel wird in den chinesischen Massenmedien seit Mitte August 1980 verstärkt zu Felde gezogen, was auf einen entsprechenden Beschluß der KPCh-Führung schließen läßt. Auch die zwischenzeitlich in den Hintergrund gerückte Kampagne gegen übermäßige Privilegien und Korruption von Funktionären ist wieder voll entbrannt.

Feng Wenbin nannte in seinem Artikel drei Hauptgründe für das Auftreten dieser Mängel, die der Entwicklung der sozialistischen Demokratie entgegenstünden. Diese Gründe seien sowohl historischer als auch ideologischer Art und darüber hinaus auch im System selbst verankert:

1. Das System des sozialistischen "demokratischen Zentralismus" sei zu einem feudalistischen Patriarchat verfälscht worden, indem alle Macht in den Händen eines Mannes konzentriert worden sei.
2. Widersprüche im Volk seien ab Mitte der fünfziger Jahre (!) zu antagonistischen Freund-Feind-Widersprüchen gemacht worden.
3. Das Führungssystem in Partei und Staat weise schwerwiegende Mängel auf, da es zu übermäßiger Machtkonzentration in den Händen eines einzelnen bzw. einiger weniger geführt habe.

Um die aufgezählten Mängel zu beseitigen, ist Feng Wenbin zufolge eine Reform des politischen

Systems unumgänglich, und zwar durch eine Weiterentwicklung der "sozialistischen Demokratie". Hierfür sollten durchaus auch einige für die eigenen Zwecke abgewandelten fortschrittlichen Formen bürgerlicher Demokratie Verwendung finden - eine ähnliche Ansicht wurde auch in einem Artikel in der Theorie-Zeitschrift "Rote Fahne" vertreten (HQ, Nr. 21, 1.11.80, S. 28-29). Abweichend von der bisherigen Praxis bezeichnete Feng Wenbin nicht mehr die "Diktatur des Proletariats" als Charakteristikum des sozialistischen Staates in China, sondern führte einen Begriff der fünfziger Jahre wieder ein: die "demokratische Diktatur des Volkes". Von der Definition her gleichen sich jedoch beide Formeln wie ein Ei dem anderen: "Demokratie für das Volk und Diktatur über die Reaktionäre". Insgesamt sprach Feng Wenbin ausführlich sechs Reformmaßnahmen an, die im folgenden stark verkürzt wiedergegeben werden:

1. Verbesserung des - parlamentarischen - Systems der Volkskongresse dahingehend, daß die Volkskongresse zu wirklichen Machtorganen werden, durch drei verfassungsmäßig abzusichernde Maßnahmen:

1.1. Verbesserung des Wahlsystems dahingehend, daß schließlich auf allen Ebenen die Volkskongreßabgeordneten direkt vom Volk gewählt werden.

1.2. Den Volkskongressen müssen mehr Befugnisse bei der Entscheidung über lokale Angelegenheiten eingeräumt werden.

1.3. Die Rolle der Ständigen Ausschüsse der Volkskongresse als permanente Organe der Legislative zwischen den Sitzungen der Volkskongresse muß ausgedehnt werden.

2. Arbeitsteilige Trennung von Partei- und Regierungsorganen und Entwicklung der Rolle der Regierungsorgane durch drei Maßnahmen:

2.1. Genaue Bestimmung der Stellung der KPCh im politischen Leben des Landes dahingehend, daß die Partei zwar politisch den Führungskern des Staates darstellt, jedoch nicht alles monopolisieren darf und sich an die Verfassung, die Gesetze und die Beschlüsse der Volksvertretungen halten muß.

2.2. Die Partei muß die Unabhängigkeit der Organe der Staatsmacht, der Verwaltung, der Justiz u.a. garantieren.

2.3. Verbesserung des Arbeits- und Führungsstils der KPCh dahingehend, daß die KPCh ihre faktische Befehlsgewalt gegenüber Nicht-Partei-Organen und Nicht-Partei-Organisationen aufgibt.

3. Dezentralisierung von Entscheidungsfunktionen auf die lokalen Ebenen bei einheitlicher Führung durch die Zentrale und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der lokalen Einheiten, insbesondere der Autonomen Gebiete und

anderer Autonomer Gebietseinheiten der Nationalen Minderheiten.

4. Entwicklung verschiedenartiger demokratischer Managementmethoden und Ausweitung des Selbstbestimmungsrechts der Betriebe.

5. Schrittweise Reform des Kadersystems durch zwei Maßnahmen:

5.1. Schaffung eines Systems der Wahl, Überwachung und Absetzung von Funktionären (durch das Volk).

5.2. (Verwaltungsrechtliche) Regelung der Auswahl, Anstellung, Untersuchung, Prüfung, Versetzung, Belohnung, Entlassung und Pensionierung von Funktionären.

6. Verbesserung des sozialistischen Rechtssystems und Garantie der demokratischen Rechte des Volkes.

Solange jedoch die Kommunistische Partei Chinas an ihrem sowohl im Parteistatut als auch in der Verfassung festgeschriebenen absoluten Führungsanspruch festhält, erscheint eine wirkliche Gewaltenteilung zwischen Kommunistischer Partei, Legislative, Exekutive und Justiz nicht realisierbar. Gerade dies wird jedoch von Feng Wenbin behauptet: Nur wenn die Führung durch die Partei gestärkt und verbessert werde, könne das politische System im oben beschriebenen Sinne reformiert und das System sozialistischer Demokratie verwirklicht werden - ein Vorhaben, daß wie die Quadratur des Kreises anmutet. Dies haben offenbar auch einige selbständig denkende Chinesen - darunter sogar Parteimitglieder - begriffen, die die Aufgabe des alleinigen Führungsanspruches der KPCh und die Einführung des Zwei-Parteien-Systems fordern. Feng Wenbin wandte sich deshalb in diesem Zusammenhang entschieden gegen derart häretische Ansichten:

"Ohne die Führung durch die KPCh, die die Interessen des gesamten Volkes vertritt, kann es keine sozialistische Demokratie, in der das Volk das Sagen hat, geben." Da es selbst in der KPCh einige Genossen gibt, die die alleinige Führung durch die KP abgeschafft haben möchten, scheint unter einem nicht geringen Teil der chinesischen Bevölkerung der Wunsch zu bestehen, qua votum ihre Interessen auch einmal von einer anderen politischen Kraft vertreten zu lassen. Solange die Kommunistische Partei Chinas jedoch qua definitionem "die Interessen des gesamten Volkes vertritt" und dieser Anspruch das Wesen der "sozialistischen Demokratie" ausmacht, gehören derartige Wünsche in den Bereich der Illusionen bzw. sind - wie Feng Wenbin es formulierte - "inkorrekt".

(14) Prozeß gegen die "Viererbande" und die "Lin-Biao-Clique" eröffnet

Der mehrfach verschobene Prozeß gegen die 1970

bzw. 1971 verhaftete "Lin-Biao-Clique" und die knapp einen Monat nach dem Tod Maos im Oktober 1976 gestürzte "Viererbande" hat am 20. November 1980 in Beijing begonnen. Der Prozeß gegen die beiden "konterrevolutionären Cliquen" wird getrennt vor zwei Gerichtshöfen eines Sondergerichtshofs des Obersten Volksgerichtshofs geführt. Die Anklageschrift der Sonderstaatsanwaltschaft der Obersten Volksstaatsanwaltschaft vom 2. November 1980 ging den zehn Angeklagten am 10. November zu. Die in der Anklageschrift der Sonderstaatsanwaltschaft genannten vier Hauptanklagepunkte unterscheiden sich z.T. von den am 27. September 1980 vom Generalstaatsanwalt der Obersten Volksstaatsanwaltschaft, Huang Huoqing, bekanntgegebenen Hauptanklagepunkten (siehe C.a., September 1980, Ü 9). So wurde der Vorwurf der "Ausübung einer faschistischen Diktatur" fallengelassen und eine neue Hauptanklage hinzugefügt: Vorbereitung einer bewaffneten Rebellion in Shanghai. Laut Anklageschrift haben sich die vier Angeklagten nun wegen folgender vier Hauptverbrechen zu verantworten:

1. Diffamierung und Verfolgung von Partei- und Staatsführern, Verschwörung zum Sturz der politischen Macht der Diktatur des Proletariats.
2. Verfolgung und Unterdrückung einer großen Zahl von Kadern und einfachen Bürgern. In diesem Zusammenhang wird den Angeklagten der Tod von 34.800 Menschen und die unrechtmäßige Beschuldigung und Verfolgung von 729.511 Personen zur Last gelegt.
3. Verschwörung zur Ermordung des Parteivorsitzenden Mao Zedong sowie Versuch eines bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreichs.
4. Verschwörung zur bewaffneten Rebellion in Shanghai.

Insgesamt weist die Anklageschrift der Sonderstaatsanwaltschaft in dem Prozeß gegen die "Viererbande" und die "Lin-Biao-Clique" 48 Anklagepunkte auf. Nach Abschluß des Prozesses wird CHINA aktuell einen ausführlichen Artikel hierzu veröffentlichen.

-sch-

(15) Deng: "Wichtige Beförderung" Hu Yaobangs auf dem XII. Parteitag

Einem Bericht des Peking AFP-Korrespondenten Alain Jacob zufolge, der sich wiederum auf "absolut vertrauenswürdige Quellen" beruft, hat Deng Xiaoping im November 1980 gegenüber mehreren Mitgliedern ausländischer KP-Delegationen erklärt, daß dem Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, auf dem im Frühjahr 1981 erwarteten XII. Parteitag eine "wichtige Beförderung" zuteil werden wird. Da Hu Yaobang bereits Mitglied des höchsten politischen Entscheidungsgremiums der VR China, des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh, ist, kann es sich bei dieser "wichtigen Beförderung" nur um die Übernahme des Parteivorsitzes von

Hua Guofeng handeln (Le Monde, 30.11.80; zu Hu Yaobang s. die von W.Bartke erstellte Biographie in C.a., März 1980, S.245). Der amtierende Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Hua Guofeng, steht seit einer erweiterten Sitzung des Politbüros des ZK der KPCh Anfang August 1980 zunehmend unter politischem Druck (zur Kritik an Hua Guofeng s. u.a. C.a., September 1980, S.741-747; C.a., Oktober 1980, Ü 12).
-sch-

(16) Entmaofizierung geht weiter: Stellvertretender Minister für Chemieindustrie seines Amtes enthoben

Li Guocai, stellvertretender Minister für Chemieindustrie, ist einem Bericht von Radio Peking vom 21.11.1980 zufolge vom Staatsrat seines Amtes enthoben worden. Die Entlassung Li Guocais wurde mit schwerwiegenden ideologischen Fehlern, schlechtem Arbeitsstil und unbefriedigenden Leistungen begründet. Der Entscheidung des Staatsrats war wie üblich eine Vorabentscheidung der zentralen Parteiorgane vorausgegangen: Sowohl die ZK- Disziplinarkommission als auch die Organisationsabteilung des ZK sowie das provisorische Parteikomitee der Staatsorgane hatten zunächst eine Untersuchung gegen den während der Kulturrevolution aufgestiegenen "Modellarbeiter" Li Guocai eingeleitet und nach deren Abschluß die Absetzung Li Guocais verlangt. Erst nachdem Li am 20. September 1980 im Organ des Zentralkomitees, der Volkszeitung, offen des Betrugs bezichtigt worden war, stellte das Ministerium für Chemieindustrie seine Unterstützung für Li Guocai ein und verlangte im Oktober in einem Bericht an den Staatsrat die Entlassung des stellvertretenden Ministers.

Der frühere Chemieindustriearbeiter Li Guocai hatte sich während der Kulturrevolution in seiner Heimatprovinz Jilin dem "Hauptquartier der Roten Rebellen" und den ihm unterstehenden "Roten Garden" angeschlossen und war zu einem ihrer Führer aufgestiegen. Als solcher wurde er gegen Ende der Kulturrevolution zum stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionskomitees der Stadt Jilin ernannt. 1972 erfand Li Guocai einen Dampfkessel, den er in den folgenden Jahren als "Guocai-Dampfkessel" mit Hilfe der verschiedensten Medien (darunter eine von ihm selbst komponierte "revolutionäre Pekingoper" über den "Linienkampf" im Kesselbau) popularisieren ließ. Anfängliche Widerstände vonseiten des technischen Personals des Jiliner Arbeitsamtes und des Nationalen Arbeitsamtes gegen seinen aufwendigen, aber ineffizienten Kessel räumte Li Guocai dadurch aus dem Weg, daß er die Auseinandersetzung um die technischen Qualitäten und die Wirtschaftlichkeit des "Guocai-Dampfkessels" als "Linienkampf" deklarierte und die technischen Gutachter als "bürgerliche Autoritäten" beschimpfte. Bereits damals, im Jahre 1973, war von Fachleuten die technische

Rückständigkeit und totale Unwirtschaftlichkeit des "Guocai-Dampfkessels" bewiesen worden, doch Li Guocais politisches Kapital war derart groß, daß er zum stellvertretenden Ministerpräsidenten für Chemieindustrie aufstieg, und sein Dampfkessel noch im Frühjahr 1979 sowohl vom Chemie- als auch vom Erdölministerium für die Betriebe der Chemie- und Erdölindustrie empfohlen wurde. Die Fakten sprachen eine andere Sprache: Von den allein in der Stadt Jilin aufgestellten 66 "Guocai-Dampfkesseln" wurden 29 wieder demontiert, 15 wurden zum Wasserkochen benutzt, und die restlichen 22 dienten der Zubereitung von Reis oder Schweinefutter (RMRB, 20.9.80; Dongxiang, Nr.25, 16.10.80, S.30-31).

Li Guocai gehört zu jener Gruppe von führenden Partei- und Staatsfunktionären, die in der Kulturrevolution allein aufgrund ihrer politischen "Qualifikationen" (damals: Grad der Beherrschung der "Worte des Vorsitzenden Mao" und der "Treue" gegenüber Mao u.ä.) in hohe Partei- und Staatsämter aufstiegen. Zur Durchsetzung des ehrgeizigen Modernisierungs- und Wirtschaftsreformprogramms der Deng Xiaoping-Fraktion ist diese Gruppe von Funktionären weder politisch noch fachlich qualifiziert. Vor Li Guocai waren aus dieser Gruppe u.a. bereits Yu Qiuli aus dem Amt des Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission entfernt und Erdölminister Song Zhenming entlassen worden (siehe C.a., Juli 1980, S.582 - 583; C.a., August 1980, Ü 12 u. 14). Li Guocai wird mit Sicherheit nicht der letzte während der Kulturrevolution aufgestiegene Politiker sein, der der immer weiter um sich greifenden Entmaofizierung der Partei- und Staatsorgane zum Opfer gefallen ist. Es steht zu erwarten, daß der neue Ministerpräsident Zhao Ziyang umfangreiche Kabinettsumbildungen vornehmen wird, um den Regierungsapparat nach den politischen Vorstellungen der Deng-Xiaoping-Fraktion personell "auszurichten".
-sch-

(17) Neuer Shanghaier Bürgermeister

Der Ständige Ausschuß des VII.Volkskongresses der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai hat auf seiner 9.Sitzung den bisherigen stellvertretenden Shanghaier Bürgermeister Wang Daohan zum amtierenden Bürgermeister der größten Stadt Chinas ernannt. Der Führungswechsel war notwendig geworden, weil der bisherige Bürgermeister Peng Chong im Februar 1980 ins ZK-Sekretariat und im September 1980 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des V.Nationalen Volkskongresses gewählt worden war. Die für Dezember 1980 einberufene 3.Tagung des VII.Volkskongresses der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai wird endgültig über den neuen Bürgermeister entscheiden bzw. höchstwahrscheinlich Wang Daohan in diesem Amt bestätigen (Radio Shanghai, 16.10.80, nach SWB, 23.10.80).
-sch-

(18) Neuer 1. Parteisekretär in der Provinz Liaoning

Neuer 1. Sekretär des KPCh-Komitees der Provinz Liaoning wurde Guo Feng, bisher Mitglied des Provinzparteikomitees von Liaoning. Dies geht aus einer Meldung von Radio Liaoning vom 12. November 1980 hervor (nach SWB, 15.11.80). Guo Feng ersetzt Ren Zhongyi, der neuer 1. Sekretär des KPCh-Komitees der Provinz Guangdong wurde.

(19) Neue 1. Parteisekretäre der Provinz Guangdong und der Stadt Guangzhou

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hat im November 1980 beschlossen, Xi Zhongxun von seinen Posten als 1. Parteisekretär und als Gouverneur der Provinz Guangdong sowie als 1. Politkommissar des Militärbezirks Guangzhou zu entbinden und in die Parteizentrale nach Beijing zu berufen. Gleichzeitig wurde auch Yang Shangkun vom ZK von allen seinen Posten in- und außerhalb der Partei in Guangdong abberufen (darunter u.a. vom Amt des 1. Parteisekretärs der Stadt Guangzhou) und in die Beijinger Parteizentrale beordert. Die während der Kulturrevolution gestürzten Xi Zhongxun und Yang Shangkun waren im Dezember 1978 bzw. im September 1979 wieder ins ZK der KPCh zurückgekehrt. Beide wurden im September 1980 auf der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses zu stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des V. NVK gewählt. Ihre Berufung in die Parteizentrale im November 1980 dürfte bedeuten, daß in Zukunft bedeutende Positionen innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei Chinas auf sie warten. Der für Frühjahr 1981 erwartete XII. Parteitag der KPCh dürfte hierzu eine Antwort geben.

Nachfolger von Xi Zhongxun als 1. Parteisekretär der Provinz Guangdong wurde auf Beschluß des ZK der KPCh der bisherige 1. Parteisekretär der Provinz Liaoning, Ren Zhongyi - ebenfalls ein Mitglied der Fraktion der "Realisten" um Deng Xiaoping. Nachfolger von Yang Shangkun im Amt des 1. Parteisekretärs der Stadt Guangzhou wurde der bisherige Minister für Leichtindustrie, Liang Lingguang, der gleichzeitig zu einem der Sekretäre des Provinzparteikomitees von Guangdong ernannt wurde (Radio Guangdong, 15.11.80, nach SWB, 20.11.80).

(20) Neuer 1. Parteisekretär in der Provinz Shanxi und weitgehende Entfernung von Dazhai-Funktionären

Am 9. November 1980 ist der bisherige Landwirtschaftsminister Huo Shilian als neuer 1. Parteisekretär der Provinz Shanxi zum ersten Mal öffentlich aufgetreten. Auf einer Konferenz von Parteisekretären auf Bezirks- und Stadtebene forderte Huo Shilian die endgültige Beseitigung

der Einflüsse der - maoistischen - "ultralinken Linie" und eine "Ausrichtung" des Kaderkontingents der Provinz (Xinhua, 12.11.80, nach SWB, 15.11.80). In der Provinz Shanxi liegt die nun zum negativen Beispiel abgestempelte maoistische Modellbrigade Dazhai, deren früherer 1. Parteisekretär Chen Yonggui unlängst als stellvertretender Ministerpräsident abgesetzt wurde. Chen Yonggui hatte früher auch den Dazhai übergeordneten Kreis Xiyang beherrscht und dafür gesorgt, daß insgesamt 491 Funktionäre aus diesem Kreis über die gesamte Provinz Shanxi verteilt wurden, um das Modell Dazhai zu propagieren. 38 von ihnen waren zwischen 1966 und 1979 in Führungspositionen auf Kreisebene gerückt - hierfür könnte auch der jetzt abgelöste bisherige 1. Parteisekretär von Shanxi, Wang Qian, der im September 1975 sein Amt angetreten hatte, eine gewisse Mitverantwortung getragen haben. Von diesen 38 maoistischen Führungskadern sind mittlerweile bereits 28 abgelöst worden (RMRB, 8.11.80). Auch den Sohn von Chen Yonggui, Chen Mingzhu, hat mittlerweile das politische Schicksal seines Vaters ereilt: Ihm werden Tyrannei, ein dekadenter Lebensstil, moralische Degeneriertheit und die Vergewaltigung mehrerer Frauen zur Last gelegt (RMRB, 4.10.80). Der neue 1. Parteisekretär der Provinz Shanxi, Huo Shilian, dürfte die Aufgabe haben, dem Modell Dazhai und seinen Anhängern endgültig den politischen Garaus zu machen und die neue Landwirtschaftspolitik der Nach-Mao-Ära durchzusetzen.

-sch-

(21) Tagungen der Volkskongresse in acht Provinzen, Autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten angekündigt

In folgenden acht Provinzen, Autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten sind Tagungen der Volkskongresse angekündigt worden (in Klammern der Zeitpunkt des geplanten Zusammentritts):

1. Provinz Gansu (Dezember 1980)
2. Provinz Guizhou (Februar 1981)
3. Provinz Hebei (Februar 1981)
4. Provinz Heilongjiang (Ende Januar 1981)
5. Provinz Shaanxi (Ende Dezember 1980)
6. Regierungsunmittelbare Stadt Shanghai (Dezember 1980)
7. Autonomes Gebiet Tibet (unbestimmt)
8. Provinz Guangdong (unbestimmt).

Die Mehrzahl der letzten PVK-Tagungen hatte Ende 1979 stattgefunden (s. C.a., Dezember 1979, Ü 20). Den entsprechenden Gesetzen zufolge finden Tagungen der Volkskongresse auf allen Ebenen einmal pro Jahr statt.

-sch-

(22) Volkskongreß der Provinz Henan zusammengetreten

Die 3. Tagung des V. Volkskongresses der Provinz

Henan fand vom 16.-25. November 1980 in der Provinzhauptstadt Zhengzhou statt. Der Volkskongreß, dem 1.552 Delegierte angehören, befaßte sich auf seiner Tagung u.a. mit dem Regierungsbericht des Provinzgouverneurs Liu Jie. Liu hatte darin u.a. ausgeführt, daß das kollektive Einkommen der Bauern im Vergleich zum Jahre 1979 um 9% gestiegen sei. Darüber hinaus sei es gelungen, für 350.000 Arbeitslose einen Arbeitsplatz zu finden. Durch die allgemeine Lohnerhöhung und die Einführung von Prämiensystemen habe das durchschnittliche jährliche Einkommen der Arbeiter und Angestellten von 668 Yuan Rmb im Jahre 1979 auf ca. 760 Yuan RMB im Jahre 1980 gesteigert werden können. Den Worten von Provinzgouverneur Liu Jie zufolge zählt Henan zu den armen Gebieten Chinas: So mache der industrielle und landwirtschaftliche Bruttoerzeugniswert pro Kopf der Bevölkerung nur 60% der entsprechenden nationalen Durchschnittsziffer aus. Neben den Wirtschaftsplänen und Provinzhushalten der Jahre 1979 bis 1981 beschäftigte sich die Tagung des Volkskongresses auch mit einem Bericht des Oberstaatsanwaltes von Henan. Dieser berichtete u.a., daß es im Kampf gegen strafrechtliche Delikte von Funktionären sehr oft Schwierigkeiten und Einmischung von außen gäbe. Der Oberstaatsanwalt forderte die Ständigen Ausschüsse der Volkskongresse auf, die Organe der Staatsanwaltschaft noch mehr in ihrer Unabhängigkeit zu unterstützen. Schließlich fällt die 3. Tagung des V.PVK von Henan drei Personalentscheidungen: Yu Yichuan und Wang Shucheng wurden von ihren Posten als stellvertretende Provinzgouverneure entbunden, und Liu Jianxun wurde der Delegiertensitz im V.Nationalen Volkskongreß entzogen, weil er "schwerwiegende Fehler und Verbrechen in Henan seit Beginn der Kulturrevolution" begangen habe (Radio Henan, 16., 17. und 25. 11. 80, nach SWB, 5. 12. 80; Radio Henan, 23. 11. 80, nach SWB, 6. 12. 80).

-sch-

(23) Volkskongreß der Provinz Qinghai zusammengetreten

Der V.Volkskongreß der Provinz Qinghai trat vom 10.-20. Oktober 1980 zu seiner 3. Tagung zusammen, an der 555 Delegierte teilnahmen. In seinem Haushaltsbericht erwähnte der Direktor der Finanzverwaltung, Liu Shulin, daß die Provinz Qinghai hinsichtlich ihrer Finanzen und der staatlichen Unterstützung von der Pekinger Zentrale nach wie vor de facto als Autonomes Minderheitsgebiet anerkannt wird. Dies bedeute, daß in den nächsten 5 Jahren der gesamte überplanmäßige Gewinn in Qinghai verbleiben könne und die staatlichen Zuschüsse pro Jahr um 10% steigen würden. 1980 habe die Provinz Qinghai 30 Mio. Yuan RMB an staatlicher Unterstützung von der Zentrale erhalten, die zum größten Teil in Gebiete der Nationalen Minderheiten geflossen seien.

Genau dort scheint Hilfe am notwendigsten, denn

genauso wie in Tibet und in anderen Gebieten Nationaler Minderheiten hat die Han-Chinesische Zentralregierung in den letzten zwanzig Jahren die Interessen der dort lebenden Minderheitenvölker in schwerwiegender Weise vernachlässigt (s. u.a. C.a., Juni 1980, S. 481 ff). In der Provinz Qinghai leben neben Mongolen, Hui, Kasachen, Tu und Sala vor allem Tibeter, die allein 670.000 Personen ausmachen. Han-Delegierte äußerten auf der 3. Tagung des V.PVK von Qinghai eine teilweise scharfe Selbstkritik hinsichtlich der bisherigen Politik gegenüber den Minderheitenvölkern in Qinghai. Man sei dem Einfluß der ultralinken Linie von Lin Biao und der "Viererbande" erlegen gewesen, habe staatliche Zuwendungen haufenweise verschwendet und die Interessen der Bevölkerung mit Füßen getreten.

Schließlich wurden auf der PVK-Tagung von Qinghai zwei personelle Entscheidungen getroffen: Frau Cai Fenglan (Kandidatin des ZK der KPCh) trat von ihrem Posten als stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des PVK zurück, und Ji Chunguan wurde zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des PVK gewählt (Radio Qinghai, 9.-21. 10. 80, nach SWB, 6. 11. 80).

-sch-

(24) Provinzparteikongreß von Guangdong in Vorbereitung

Das Provinzkomitee der KPCh von Guangdong hat auf einer Arbeitskonferenz vom 18. und 19. November 1980 Maßnahmen zur Vorbereitung des V. Provinzparteikongresses von Guangdong beschlossen. Auf der Konferenz, an der 220 führende Funktionäre der Provinz Guangdong teilnahmen, hielt der neue 1. Sekretär des Provinzkomitees der KPCh von Guangdong, Ren Zhongyi, seine Antrittsrede. Ren bezeichnete die gegenwärtig offenbar schwierige politische und wirtschaftliche Situation in der Stadt Guangzhou als Hauptproblem der Provinz. Wenn es gelänge, diese Problematik zu lösen, sei man im wesentlichen über den Berg. Aus den Ausführungen von Ren Zhongyi ergibt sich, daß es innerhalb der Parteiorganisation von Guangdong offensichtlich noch erhebliche Auseinandersetzungen gibt. Ren Zhongyi forderte eindringlich dazu auf, mit der Begleichung alter politischer Rechnungen aufzuhören und stattdessen Solidarität zu üben. Gleichzeitig warnte Ren Zhongyi mit allem Nachdruck vor blinden Aktionen und einem "neuen Großen Sprung nach vorn". Die "großen Probleme" auf dem Energie-, Transport- und Getreidesektor könnten nicht in ein oder zwei Jahren gelöst werden, sondern müßten mit Hilfe von langfristigen Plänen und einer langjährigen Wirtschaftsreform einer "grundlegenden Lösung" zugeführt werden (Radio Guangdong, 22. 11. 80, nach SWB, 27. 11. 80).

-sch-

(25) Prominenter anti-maoistischer Philosoph rehabilitiert

Der marxistische Philosoph und frühere Direktor der Parteischule des Zentralkomitees der KPCh, Yang Xianzhen, ist am 6. November 1980 vom Sekretariat des Zentralkomitees der KPCh nun auch parteioffiziell voll rehabilitiert und wieder in die Partei aufgenommen worden (XNA, 7.11.80). Der heute 85jährige Yang gilt als der Begründer der philosophischen Harmonielehre "Zwei vereinigen sich zu einem" (he er wei yi), die er Anfang der sechziger Jahre der philosophischen Widerspruchslehre Maos "Eins teilt sich in zwei" (yi fen wei er) entgegensetzte. Yangs Lehre, die die Einheit der Gegensätze betont, diente der philosophischen Untermauerung des liuistischen Konzepts der sozialen Harmonie innerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung Chinas ab 1956. "Zwei vereinigen sich zu einem" war die theoretische Abstützung jener auf dem VIII. Parteitag der KPCh i.J. 1956 verabschiedeten Resolution, nach der der Klassenkampf im sozialistischen China im wesentlichen zu existieren aufgehört habe, da der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat nun nicht mehr den Hauptwiderspruch innerhalb der chinesischen Gesellschaft darstelle. Dagegen wandte sich die von Mao 1962 ausgearbeitete "Generallinie des sozialistischen Aufbaus", nach der die Gefahr einer "kapitalistischen Restauration" in China immer noch nicht gebannt sei und deshalb auch in Zukunft ein umfangreicher Klassenkampf gegen die Bourgeoisie geführt werden müsse. Maos "Eins teilt sich in zwei", das den Kampf der Gegensätze betont, wurde insbesondere während der Kulturrevolution als philosophische Stütze des maoistischen Klassenkampfkonzeptes verwandt. Mit dem Siegeszug Maos während der Kulturrevolution wurde Yang Xianzhen als "Liu Shaoqis Agent auf dem Gebiet der Philosophie" und als "Vertreter des modernen Revisionismus" gestürzt.

Nach Maos Tod und dem Sturz der "Viererbande" wurde die Diskussion um die beiden widersprüchlichen Lehren im Frühjahr 1979 wiederaufgenommen: Die Guangming Ribao veröffentlichte am 8. Februar 1979 einen Artikel, in dem Maos "Eins teilt sich in zwei" als einseitig kritisiert wurde. Am 21. August 1979 folgte die Volkszeitung mit einem Aufsatz, in dem die während der Kulturrevolution von seiten der maoistischen Fraktion gegen Yang Xianzhen und seine Harmonielehre erhobenen Vorwürfe als falsch zurückgewiesen wurden. Obwohl Yang Xianzhen bereits im Mai 1979 wieder einen Artikel in der Zeitschrift "Philosophische Forschungen" (Zhexue Yanjiu) veröffentlichen durfte, dauerte es weitere anderthalb Jahre, bis er schließlich Anfang November 1980 parteioffiziell rehabilitiert wurde. Dies läßt auf erhebliche parteiinterne Widerstände gegen die Rehabilitierung dieses antimaolistischen Theoretikers schließen.

(26) Mitbegründer der KPCh rehabilitiert

Li Da, einer der Gründer der Kommunistischen Partei Chinas, ist zusammen mit dem antimaolistischen Philosophen Yang Xianzhen am 6. November 1980 vom Sekretariat des Zentralkomitees der KPCh vollständig rehabilitiert und postum wieder in die Partei aufgenommen worden (XNA, 7.11.80). Der 1966 verstorbene Li Da war zu Beginn der Kulturrevolution als Renegat verunglimpft und später als Repräsentant der parteifeindlichen, antisozialistischen und den Mao-Zedong-Ideen feindlichen Elemente gebrandmarkt worden, weil er die Erklärung Lin Biaos verurteilt hatte, nach der die Mao-Zedong-Ideen der "Gipfel des Marxismus-Leninismus" seien. Als einer der ersten chinesischen Marxisten hatte sich Li Da 1920 der Shanghaier Kommunistischen Gruppe angeschlossen. Er wirkte bei der Vorbereitung des I. Parteitags der KPCh im Juli 1921 in Shanghai mit und war einer der Delegierten auf diesem Gründungskongreß der Kommunistischen Partei Chinas, auf dem er zum 1. Propagandadirektor der KPCh gewählt wurde. Kurze Zeit später gab er jedoch diesen Posten wieder auf und hatte sich bereits zur Zeit des II. Parteikongresses im Juli 1922 völlig aus der aktiven Parteiarbeit zurückgezogen. Nach der Gründung der Volksrepublik China wurde Li Da Präsident der Universität Wuhan.

-sch-

(27) Innere Mongolei: Kulturrevolutionäre Urteile überprüft

Die Justizbehörden des Autonomen Gebietes Innere Mongolei haben einem Bericht der dortigen Rundfunkstation vom 24. November 1980 zufolge (nach SWB, 27.11.80) in den vergangenen zwei Jahren 22.800 Urteile von insgesamt 24.000 Urteilen überprüft, die während der Jahre 1966 bis 1976 in strafrechtlichen Verfahren gefällt worden waren. Dabei stellte sich heraus, daß - gemessen an den heutigen politischen Maßstäben - 4.500 Urteile, die insgesamt 4.800 Menschen umfaßten, falsch waren. Dabei sei, so der Rundfunkbericht, die Zahl der fälschlicherweise exekutierten Personen "schockierend". Darüber hinaus seien durch die Fehlurteile viele Familien zerstört worden.

-sch-

(28) Rehabilitierungen in Gansu nahezu abgeschlossen

Einem Bericht von Radio Gansu vom 15. Oktober 1980 zufolge (nach SWB, 22.10.80), steht die Rehabilitierung von - nach den heutigen politischen Maßstäben - in der Vergangenheit zu Unrecht politisch verfolgten Personen kurz vor dem Abschluß. Demnach sind 99,8% der in Frage kommenden 390.000 Fälle nach erneuter Untersuchung abgeschlossen worden. So seien die meisten der 300.000 während der Kulturrevolution in der Provinz Gansu politisch verfolgten Personen rehabilitiert worden. Das gleiche gelte

für jene 90.000 Menschen, die vor der Kulturrevolution als "Rechte" oder "Rechtsopportunisten" belangt worden seien. Die Rehabilitierungen hatten in der Provinz Gansu im Juni 1977 begonnen.
-sch-

(29) Schmuggel 1979 und 1980 stark angestiegen

Die illegale Ein- und Ausfuhr von Gütern hat in der Volksrepublik China in den Jahren 1979 und 1980 stark zugenommen. 1979 wurden in ganz China 13.400 Schmuggeldelikte aufgedeckt - 41% mehr als 1978. Der Wert des konfiszierten Schmuggelguts war mit 7,3 Mio. Yuan RMB mehr als dreimal so hoch wie der des Jahres 1978 (XNA, 15.4.80, nach SWB, 7.5.80). Aufgrund der Nähe zu Hongkong, Macao und Taiwan ist die Provinz Guangdong zum Zentrum des illegalen Handels geworden. Dort wurden 1979 allein über 9.000 Fälle von Schmuggel aufgedeckt - 400% mehr als 1978. Im ersten Vierteljahr von 1980 wurden allein über 4.000 Schmuggeldelikte in Guangdong aufgeklärt - noch einmal doppelt so viele wie im Vergleichszeitraum 1979 (Radio Guangdong, 24.7.80, nach SWB, 31.7.80). Den bisher größten Fang an geschmuggelten Waren in der Geschichte der VRCh konnten chinesische Zollbeamte am 11. November 1980 landen, als sie in den Küstengewässern Guangdong in der Nähe von Hongkong eine als Fischerboot getarnte motorisierte Dschunke aus Hongkong aufbrachten: Eine Durchsuchung ergab ein Schmuggelgut im Wert von 2 Mio. Yuan RMB, darunter u.a. 17.000 Armbanduhren, 150 Fernsehapparate, 900 Radiogeräte, 11 Nähmaschinen, 1.600 Moskitonetze aus Vinylon, über 16.000 m Stoff und 3.000 Kleidungsstücke (XNA, 30.11.80).

Die Provinz Guangdong ist offenbar Chinas größter Umschlagplatz für geschmuggelte Waren: Aus allen Teilen des Landes kommen illegale Händler, vor allem nach Guangzhou (Kanton), wo sie einheimische Wertgegenstände gegen in China begehrte Konsumgüter eintauschen. Mittlerweile gibt es bereits mächtige Schmugglerorganisationen, die in über 20 der insgesamt 29 Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte tätig sind (Radio Guangdong, 24.7.80, nach SWB, 31.8.80). Geschmuggelt wird nicht nur von und nach Hongkong und Macao, sondern auch von Taiwan aus. Anfang 1980 wurden von der Guangdonger Küste allein zwölf taiwanische Fischerboote mit Schmuggelgut an Bord aufgebracht (Radio Guangdong, 7.2.80, nach SWB, 23.2.80). Auch Fischer vom chinesischen Festland sind an dem illegalen Handelsverkehr beteiligt, und zwar in einem derartigen Umfang, daß - einem Bericht der Shantou-Tageszeitung vom April 1980 zufolge - die Fischproduktion von Shantou fast zum Erliegen gekommen ist (nach Kyodo, 18.4.80, in SWB, 7.5.80). Auch aus den Küstenprovinzen Fujian und Zhejiang und den beiden großen Seehandelsstädten Shanghai und Tianjin wird von einer regen Schmuggeltätigkeit berichtet (Radio Fujian, 25.2.80, nach SWB,

15.3.80; Radio Zhejiang, 15.5.80, nach SWB, 24.5.80; Radio Zhejiang, 5.10.80, nach SWB, 11.10.80; Radio Tianjin, 3.11.80, nach SWB, 8.11.80; Radio Tianjin, 16.11.80, nach SWB, 4.12.80; Radio Shanghai, 21.2.80, nach SWB, 28.2.80; Radio Shanghai, 22.6.80, nach SWB, 28.6.80; Radio Shanghai, 31.10.80, nach SWB, 3.11.80; Radio Shanghai, 3.11.80, nach SWB, 8.11.80). In Shanghai flog z.B. Ende Oktober 1980 ein Schmugglerring auf, dem 21 Hongkonger Kaufleute und 25 rotchinesische Kader und Arbeiter angehörten. Sie hatten gegen große Mengen von Gold, Silber, Diamanten und Moschus u.a. drei Personenwagen und 51 Kleinbusse illegal nach China importiert (Radio Shanghai, 30.10.80, nach SWB, 3.11.80). Schmuggeldelikte wurden auch von der Insel Hainan und aus den Provinzen Guizhou, Heilongjiang und Liaoning gemeldet (Radio Hainan, 24.5.80, nach SWB, 30.5.80; Radio Guizhou, 13.10.80, nach SWB, 7.5.80; Radio Heilongjiang, 25.9.80, nach SWB, 4.10.80; Radio Liaoning, 24.10.80, nach SWB, 3.11.80).

Den genannten Rundfunkmeldungen zufolge werden vor allem folgende Waren illegal nach China eingeführt: Fernsehapparate, Tonbandgeräte, Radios, elektronische Rechner, Armbanduhren, Feuerzeuge, Sonnenbrillen und Kleidung. Im Austausch für diese Konsumgüter werden aus China vor allem folgende Güter illegal ausgeführt: Gold, Silber (darunter auch alte Silberdollars), Jade und andere Edelsteine, Antiquitäten, Heilkräuter und Moschus.

Aus den zahlreichen Meldungen über Schmuggeldelikte geht hervor, daß in vielen Fällen Funktionäre beteiligt sind, die entweder gegen Bestechung den illegalen Handel dulden oder aber in Ausnutzung ihrer Stellung aktiv an dem florierenden Schmuggelgeschäft beteiligt sind. So warnten die Guangdonger Parteiführung und die Provinzregierung im Juli 1980 ihre Funktionäre davor, sich von bürgerlichem Gedankengut korrumpieren zu lassen. Sie sollten stattdessen einen resoluten Kampf gegen den bedrohlich anwachsenden Schmuggel führen (Radio Guangdong, 24.7.80, nach SWB, 31.7.80). Ende September/Anfang Oktober 1980 erließen das Allgemeine Amt für Industrie und Handel und das Zollamt auf Anordnung des Staatsrats und der ZK-Militärkommission ein Rundschreiben zur Bekämpfung des Schmuggels, das die Konfiszierung der geschmuggelten Waren und der zur Ein- und Ausfuhr benutzten Transportmittel und z.T. schwere Strafen für Schmuggler vorsieht (Radio Beijing, 6.10.80, nach SWB, 11.10.80).
-sch-

VERTEIDIGUNG

(30) Teile der VBA nach wie vor skeptisch gegenüber dem Deng-Kurs

Teile der Chinesischen Volksbefreiungsarmee hegen nach wie vor Zweifel an der Korrektheit